

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • Wilhelmstr. 2 • 63450 Hanau

An den Vorsitzenden des Kreistages des Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

26. März 2010

29. Kreistagssitzung am 30. April 2010

Antrag: Mindestlohn und Tarifbindung in kreiseigenen Betrieben

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

DIE LINKE Fraktion stellt zur Sitzung des Kreistages am 30. April 2010 folgenden **Antrag**:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss und die Geschäftsführungen der Eigenbetriebe sowie die Vertreter des Main-Kinzig-Kreises in den Aufsichtsräten auf, sicherzustellen, dass eine Entlohnung der Beschäftigten unterhalb der Lohnarmutsgrenze in den Eigenbetrieben des Kreises und in den Betrieben, an denen der Kreis beteiligt ist, möglichst umgehend beendet wird. Für das Jahr 2010 ist ein Mindestlohn von 10 Euro/Stunde zu zahlen, der in den Folgejahren schrittweise erhöht wird.

Der Kreistag fordert die Verantwortlichen auf, dort, wo Tochtergesellschaften zum Zwecke der „marktgerechten“ Bezahlung gegründet worden sind, diese wieder in den Geltungsbereich des TVöD bzw. des TVöD-Kliniken zurückzuführen.

Über die Umsetzung der Abschaffung der Niedrigentlohnung und der Armutsentlohnung ist dem Kreistag ständig zu berichten.

Begründung:

Wer Vollzeit arbeitet, sollte von seiner Arbeit leben können. Doch auch im Main-Kinzig-Kreis ist prekäre Beschäftigung, in der weniger als die Hälfte des Durchschnittslohnes pro Monat verdient wird, längst Wirklichkeit.

Auf die Anfrage vom 8. Oktober 2006 hatte der Kreisausschuss im Dezember mitgeteilt, dass gerade im Alten- und Pflegebereich, aber auch in den Main-Kinzig-Kliniken Beschäftigungsverhältnisse mit einer Entlohnung von unter 10 Euro/Stunde und sogar eine erhebliche Anzahl mit einer Entlohnung von unter 8 Euro/Stunde bestehen. Solche Löhne erfordern oft Aufstockungsleistungen mit ALG II.

Unter den fast 16.100 erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfängern im Main-Kinzig-Kreis befinden sich Stand mehr als 4.000 so genannte Aufstocker. „Ein großer Teil dieser Männer und Frauen ist voll berufstätig, kann jedoch von dem jeweiligen Einkommen nicht leben oder die Familie versorgen“, so Landrat Erich Pipa (Pressemitteilung Main-Kinzig-Kreis v. 23.2.2010). Das Problem sind „nicht die Höhe der jeweiligen staatlichen Leistungen nach Hartz IV, sondern die häufig zu geringen Löhne“ (a.a.O.).

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Deutschland ist bei der Lohnentwicklung seit Jahren das Schlusslicht im europäischen Vergleich. Diese Form von „Lohnraub“ muss gestoppt werden. Dazu muss auch der Main-Kinzig-Kreis als Arbeitgeber beitragen. Das schlechte Beispiel, dass immer mehr Firmen sich aus den Tarifverbänden verabschieden, darf kein Beispiel für die Politik der kreiseigenen Gesellschaften und des Kreises in seinen Tochtergesellschaften und Beteiligungen sein. Immer mehr Menschen können von ihrem Job nicht leben. Es ist an der Zeit, diesen Trend im Main-Kinzig-Kreis umzukehren und dort, wo es dem Kreis möglich ist, einen Mindestlohn, von dem man leben kann, umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender



f.d.R. Dr. Thomas Maurer
Fraktionsgeschäftsführer